



# Medienmitteilung: Rohstoff

Datum: Montag 08.09.2025  
Sperrfrist: 15.00 (nach der Rede im Erstrat)

---

## Bundesrat präsentiert seine Ziele für das Jahr 2026

**Am 8. September 2025 hat Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter im Nationalrat die Ziele des Bundesrats für das Jahr 2026 präsentiert. Diese sind auf die vier Leitlinien der Legislaturperiode 2023–2027 abgestimmt. Es stehen dabei folgende Schwerpunkte im Vordergrund:**

### Leitlinie 1: Wohlstand

#### **Finanzmarktpolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zur Revision des Finanzmarktinfrastukturgesetzes verabschieden. Die Revision hat zum Ziel, die Stabilität des Schweizer Finanzplatzes zu stärken. Zudem wird der Bundesrat 2026 die Botschaft zur Änderung des Finanzinstitutsgesetzes verabschieden. Diese Revision hat zum Ziel, den Rechtsrahmen für innovative Geschäftsmodelle von Finanzinstituten zu verbessern.

#### **Europapolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zum Paket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU verabschieden. Zum Paket gehören zwei neue Binnenmarktverträge in den Bereichen Strom und Lebensmittelsicherheit, sowie ein Kooperationsabkommen im Bereich Gesundheit. Des Weiteren wird der Bundesrat 2026 die Finanzierungsbotschaften für eine Beteiligung der Schweiz an den Nachfolgeprogrammen von «Horizon Europe» und «Erasmus+» verabschieden. Damit wird er die finanziellen Mittel beantragen, die für eine Assoziierung an den entsprechenden Programmen von 2028–2034 erforderlich sind.

#### **Wirtschaftspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zur Reform der Wettbewerbsbehörden verabschieden. Mit dieser will der Bundesrat die Trennung zwischen Untersuchung und Entscheid bei der Wettbewerbskommission wirksamer ausgestalten und das Beschwerdeverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht stärken. Zudem wird der Bundesrat 2026 die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse verabschieden. Die Teilrevision soll der Verlagerung des Handels in den virtuellen Raum Rechnung tragen. Angesichts der erhöhten Unsicherheit im internationalen Kontext werden die wirtschaftspolitische Agenda sowie das Sicherstellen der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz im Fokus stehen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz wird ausserdem der Schwerpunkt des Länderexamens der OECD zur Schweiz sein.

## **Handels- und Aussenwirtschaftspolitik**

Der Bundesrat wird sich 2026 weiterhin für stabile Handelsbeziehungen mit den wichtigsten Partnern, inklusive der USA, einsetzen. Er wird zudem Botschaften für neue Freihandelsabkommen mit Malaysia, MERCOSUR und Vietnam verabschieden. Ebenfalls strebt er an, Botschaften zur Modernisierung von bestehenden Freihandelsabkommen mit China, Mexiko, SACU und dem Vereinigten Königreich zu verabschieden. Ziel ist es, den Marktzugang für Schweizer Unternehmen zu sichern sowie Rechtssicherheit zu schaffen, um der Schweizer Wirtschaft möglichst vorteilhafte Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

## **Internationale Steuerpolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zur Änderung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten verabschieden. Ferner wird der Bundesrat 2026 die Botschaft zur Anpassung der Rechtsgrundlagen für den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte verabschieden. Mit der Anpassung der Rechtsgrundlagen wird die Änderung des massgebenden Mindeststandards der OECD und G20 Staaten ins Schweizer Recht überführt.

## **Bildungs- und Forschungspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zum neuen Bundesgesetz über die Raumfahrt verabschieden. Das Bundesgesetz schafft eine nationale Rechtsgrundlage für die Raumfahrt. Es setzt die von der Schweiz ratifizierten Weltraumverträge der UNO um und regelt die Bewilligung und Aufsicht von Raumfahrtaktivitäten, Haftungsfragen sowie ein Register für Weltraumgegenstände. Sodann wird der Bundesrat 2026 die Vernehmlassung zur Revision der Bundesgesetze über die Forschung am Menschen und über die Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen eröffnen.

## **Künstliche Intelligenz**

In Anbetracht der rasanten Fortschritte im Bereich der KI wird der Bundesrat 2026 den allfälligen Ausbau einer bundesinternen Koordinationsstelle für KI beschliessen. Mit einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung und Koordination in der Bundesverwaltung sollen Synergien, Innovation und Vertrauen beim Einsatz von KI-Systemen gefördert werden.

## **Verkehrs- und Infrastrukturpolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zum geplanten Bundesgesetz über eine Abgabe auf Elektrofahrzeuge und über die Verwendung der Abgabe verabschieden. Mit der zunehmenden Elektromobilität reduzieren sich die Einnahmen aus den Mineralölsteuern kontinuierlich. Ferner wird der Bundesrat 2026 die Botschaft zur Änderung des Fernmeldegesetzes (FMG) verabschieden. Schwerpunkt der Teilrevision bildet die Sicherheit kritischer Infrastrukturen. Ausserdem wird der Bundesrat die Botschaft zum Bundesgesetz über die Förderung des Ausbaus von Breitbandinfrastrukturen verabschieden.

## **Finanzpolitik**

Der Bundesrat wird 2026 das Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 in Kraft setzen. Das Entlastungspaket ist nötig, um die Finanzpläne wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Des Weiteren wird der Bundesrat 2026 Beschlüsse zum weiteren Vorgehen im Projekt «Entflechtung 2027» fällen. Diese basieren auf einem Zwischenbericht zu möglichen Entflechtungspotenzialen zwischen dem Bund und den Kantonen.

## **Bankwesen**

Der Bundesrat wird 2026 die Vernehmlassung zur Botschaft der Änderungen des Bankengesetzes eröffnen. Dabei wird ein umfangreiches Massnahmenpaket aus dem Bericht des Bundesrates zur Bankenstabilität 2024 und aus dem Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission «Geschäftsführung der Behörden – CS Nottfusion» 2024 umgesetzt. Zur Wahrung der Finanzstabilität sollen die Prävention und das Liquiditätsdispositiv gestärkt sowie das Instrumentarium im Krisenfall erweitert werden.

## **Digitalisierung**

Der Bundesrat wird 2026 die Vernehmlassung zu einem Rahmengesetz über die Sekundärnutzung von Daten eröffnen. Damit das Potenzial bei der Wiederverwendung von Daten für sekundäre Nutzungszwecke besser ausgeschöpft werden kann, soll die Vorlage die rechtlichen Rahmenbedingungen festsetzen, um spezifische Infrastrukturen für die Sekundärnutzung von Daten in strategisch relevanten Bereichen rasch initialisieren und aufbauen zu können.

## **Leitlinie 2: Zusammenhalt**

### **Wohnraumpolitik**

Der Bundesrat wird 2026 einen Bericht mit Grundlagenarbeiten zu einem neuen Mietzinsmodell zur Kenntnis nehmen. Nachdem eine Evaluationsstudie gezeigt hat, dass das bisherige Mietzinsmodell in mehreren Punkten nicht mehr der heutigen Realität entspricht, sollen das geltende Mietzinsmodell und die Regeln für die Anpassung der Mietzinse überarbeitet werden. Ferner wird der Bundesrat 2026 den Bericht zur zweiten Wirkungsanalyse zum Zweitwohnungsgesetz zur Kenntnis nehmen. Im Bericht werden die raumplanerischen, volks- und betriebswirtschaftlichen Auswirkungen des Zweitwohnungsgesetzes aufgezeigt.

### **Familienpolitik**

Der Bundesrat wird 2026 den vollen Lastenausgleich in Kraft setzen. Zudem wird der Bundesrat 2026 die Vernehmlassung zur Revision des Fortpflanzungsmedizingesetzes eröffnen. Im Zentrum der Revision steht die Zulassung der Eizellenspende.

### **Chancengleichheit**

Der Bundesrat wird 2026 das Ergebnis der Vernehmlassung zum Inklusionsrahmengesetz zur Kenntnis nehmen. Das Gesetz formuliert Grundsätze für den Bereich des Wohnens. Menschen mit Behinderungen – in der Definition von Artikel 112b der Bundesverfassung – sollen grösstmögliche Wahlfreiheit in Bezug auf die Wohnform und die Unterstützungsmassnahmen haben, die ihrem individuellen Bedarf entsprechen.

### **Sozialpolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zur Reform der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV 30) verabschieden. Mit der Reform sollen die AHV-Finzen für den Zeithorizont 2030–2040 konsolidiert und die Versicherung modernisiert werden. Ausserdem wird der Bundesrat 2026 die Vernehmlassung zur Revision der Invalidenversicherung (IV) eröffnen.

### **Gesundheitspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung seltener Krankheiten verabschieden. Mit dem Gesetzesentwurf wird eine neue bundesrechtliche Grundlage für die Einrichtung, den Betrieb und die Finanzierung eines Registers für seltene Krankheiten geschaffen.

### **Gesundheitsversorgung**

Der Bundesrat wird 2026 die Änderungen der Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung des Kostendämpfungspakets 2 gutheissen. Dabei werden Massnahmen zur Verbesserung des Zugangs, zur Stärkung der Versorgung und zur Kostendämpfung konkretisiert. Des Weiteren wird der Bundesrat 2026 die Verordnung zur Umsetzung der KVG-Änderung zum Kostendämpfungspaket 2 gutheissen. Die Vorlage beinhaltet unter anderem die Hebammen und Apothekerleistungen, die Berücksichtigung von Effizienzgewinnen bei den Tarifverträgen sowie die Plafonierung der pro Tag abrechenbaren Taxpunkte bei den ambulanten Tarifen.

### **Leitlinie 3: Sicherheit**

#### **Aussenpolitik allgemein**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zu einem Verpflichtungskredit zur Weiterführung der Unterstützung der drei Genfer Zentren 2028–2031 verabschieden. Die drei Genfer Zentren sind das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (Geneva Centre for Security Policy, GCSP), das Genfer internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (Geneva International Centre for Humanitarian Demining, GICHD) und das Genfer Zentrum für die Gouvernanz des Sicherheitssektors (Geneva Centre for Security Sector Governance, DCAF).

#### **Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 seine bisherige Südostasienstrategie 2023–2026 aktualisieren und basierend darauf seine Südostasienstrategie 2027–2030 mit Zielen und Massnahmen für weitere vier Jahre verabschieden. Der Bundesrat wird ausserdem 2026 die Jahresberichterstattung über die Ausarbeitung und Umsetzung des Länderprogramms Ukraine 2025–2028 zur Kenntnis nehmen. Das Länderprogramm 2025–2028 bildet den Auftakt eines zwölfjährigen Unterstützungsprozesses des Bundes für Wiederaufbau, Reformen und nachhaltige Entwicklung in der Ukraine.

#### **Migrationspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 einen Verpflichtungskredit Integrationsmassnahmen Ausländer 2028–2031 beantragen. Im Mittelpunkt steht die Umsetzung der kantonalen Integrationsprogramme (KIP) gemäss den mit Kantonen vereinbarten strategischen Leitlinien. Ferner wird der Bundesrat 2026 das Konzept «Ausgewählte Beteiligung Solidarität (ABS)» zur Beteiligung an Solidaritätsmassnahmen im Rahmen des EU-Asyl- und Migrationspakts verabschieden.

#### **Sicherheitspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Sicherheitspolitische Strategie verabschieden. Die Strategie enthält die aktualisierten Stossrichtungen, Grundzüge und Ziele der Schweizer Sicherheitspolitik für die kommenden Jahre. Ausserdem wird der Bundesrat die Botschaft zur Multikanalstrategie verabschieden. Dabei steht die Aufgabe im Vordergrund, Systeme zur Information, Warnung und Alarmierung zu betreiben und sie den Partnern des Bevölkerungsschutzes zur Verfügung zu stellen. Ferner wird der Bundesrat 2026 die Botschaft zur Einführung des obligatorischen Orientierungstages für Frauen verabschieden. Zudem wird der Bundesrat 2026 die Armeebotschaft 2026 verabschieden.

#### **Kriminalitätsbekämpfung**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) verabschieden. Ziel ist eine umfassende Überarbeitung des VStrR, um den Entwicklungen im Strafverfahren seit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1974 Rechnung zu tragen. Des Weiteren wird der Bundesrat 2026 vom Ergebnis der Vernehmlassung zur Schaffung einer verfassungsmässigen Grundlage zur Regelung des nationalen polizeilichen Datenaustausch Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden.

#### **Cyberisiken**

Der Bundesrat wird 2026 den Bericht zum Umsetzungsstand der Nationalen Cyberstrategie (NCS) zur Kenntnis nehmen. Die Strategie zeigt auf, mit welchen Zielen und Massnahmen der Bund und die Kantone gemeinsam mit der Wirtschaft und den Hochschulen den Cyberbedrohungen begegnen wollen.

### **Leitlinie 4: Nachhaltigkeit**

#### **Landwirtschaftspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft (LwG) eröffnen. Damit wird der Konzeptvorschlag im Bericht «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik» vom 22. Juni 2022 unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte der Ernährungssicherheit, dem ökologischen Fussabdruck, den wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven sowie der Vereinfachung konkretisiert.

### **Raumordnungspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 den Bericht zur Situation des altersgerechten Wohnens in der Schweiz zur Kenntnis nehmen. Dieser ist Teil des Aktionsplans Wohnungsknappheit, welcher der Sicherstellung von preisgünstigem und bedarfsgerechtem Wohnraum dient und auch die Förderung von altersgerechtem und hindernisfreiem Wohnraum beinhaltet. Ferner wird der Bundesrat 2026 die Botschaft zur Revision des Zivilgesetzbuches (Stockwerkeigentumsrecht) verabschieden. Ausserdem wird der Bundesrat 2026 die Vernehmlassung zu den Verpflichtungskrediten für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr ab 2028 eröffnen.

### **Umwelt- und Klimapolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zum neuen Züchtungstechnologiengesetz (NZTG) verabschieden. Ausserdem wird der Bundesrat 2026 die Botschaft für eine Revision des Umweltschutzgesetzes in Umsetzung der Strategie zu invasiven gebietsfremden Arten verabschieden. Der Bundesrat wird 2026 die Vernehmlassung zu einer Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes eröffnen. Die Revision umfasst die Klimapolitik 2031 bis 2040.

### **Nachhaltigkeitspolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zum Hochseeschutzabkommen verabschieden. Ziel des Hochseeschutzabkommens ist die gegenwärtige und langfristige Sicherstellung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt der Meere von Gebieten ausserhalb nationaler Hoheitsbefugnisse.

### **Anpassung an den Klimawandel**

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2026 die Berichterstattung zum dritten Folgebericht OWARNA zur Kenntnis nehmen. Im Rahmen des Projekts Optimierung von Warnung und Alarmierung bei Naturgefahren (OWARNA) verbessern Bund und Kantone die Zusammenarbeit sowie Vorhersagen und Warnungen bei Naturereignissen.

### **Energiepolitik**

Der Bundesrat wird 2026 die Botschaft zur Ratifikation des modernisierten Energiechartavertrags verabschieden. Der Energiechartavertrag ist ein völkerrechtlich verbindliches Investitionsschutz- und Transitabkommen im Energiesektor. Ausserdem wird der Bundesrat 2026 die Botschaft zur Revision des Wasserrechtsgesetzes (WRG) verabschieden. Darin wird geregelt sein, in welchem Zeitrahmen Wasserkraftwerke mit privaten, beziehungsweise ehehaften Wasserrechten, die Sanierungspflichten beziehungsweise die Restwasservorschriften gemäss Gewässerschutzgesetz einhalten müssen.